



Liebe Leserinnen und Leser,



jeder Bundestagsabgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet, einen so genannten „Fraktionszwang“ gibt es nicht. Natürlich ist Politik davon abhängig, Mehrheiten generieren zu können, weshalb wir alle immer wieder auch Kompromisse aushandeln müssen. So auch bei der PKW-Maut, einem Herzensanliegen der CSU. Als Abgeordneter im deutsch-niederländischen Grenzgebiet habe ich mich gemeinsam mit verschiedenen Kollegen intensiv

für Ausnahmen für den Grenzverkehr eingesetzt. Wir konnten Verbesserungen erzielen, diese reichen aus meiner Sicht allerdings nicht aus. Darüber hinaus ist es fraglich, ob mit den Maut-Einnahmen überhaupt ein finanzieller Gewinn gegenüber dem damit verbundenen Aufwand erzielt werden kann. Aus diesem Grund habe ich die PKW-Maut entgegen des Großteils der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt. Viel erfreulicheres gab es aus dem Saarland zu vermelden: Die Wählerinnen und Wähler haben die gute Arbeit von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer gewürdigt und sie mit hervorragenden 41% zur Wahlsiegerin gekürt. Darüber hinaus haben die Wähler deutlich gezeigt, dass sie keine „rot-rote“ Regierung wollen. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz

bleibt bisher ganz bewusst die Aussage schuldig, mit welcher Konstellation er denn gerne regieren wolle - weil er weiß, dass es ihm -wenn überhaupt- nur mit „rot-rot-grün“ möglich sein könnte und das wollen die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich nicht. Ich freue mich auf die in diesem Jahr noch bevorstehenden Wahlkämpfe. Es liegt an uns als CDU, den Wählerinnen und Wählern das beste Angebot zu machen. Es liegt an uns, zu zeigen, dass niemand die Interessen Deutschlands besser vertreten kann als Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie ist die Garantin für Stabilität und Wohlstand. Mit den besten Grüßen
Ihr

Wohnungseinbruchdiebstahl künftig ein Verbrechen

Der Koalitionsausschuss hat beschlossen, dass der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung künftig mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden soll. Damit wird die Tat zu einem Verbrechen. Der minder schwere Fall wird abgeschafft. Bei den Ermittlungsmaßnahmen wird insbesondere auch die Speicherung von Telekommunikationsda-

ten ermöglicht. Das Ergebnis des Koalitionsausschusses zeigt, dass die Union die Sorgen der Menschen ernst nimmt. Denn alle drei Minuten ereignet sich ein Einbruch in Deutschland. Wohnungseinbrüche führen nicht nur zu materiellen Schäden, sondern traumatisieren die Opfer zutiefst. Sie fühlen sich in den eigenen vier Wänden

nicht mehr sicher. Indem wir den Einbruch in eine Privatwohnung künftig mit einem Jahr Mindeststrafe ahnden, setzen wir ein klares Zeichen für mehr Sicherheit und Schutz des Eigentums. Künftig muss Anklage erhoben werden und eine Einstellung wegen Geringfügigkeit kommt nicht mehr in Betracht.

Versandapotheken—wie auf EuGH-Urteil reagieren?

Als Bundestagsabgeordneter bekomme ich sehr häufig Anfragen, Anregungen oder Kritik per Telefon, Post oder E-Mail. Im vergangenen Monat wurde mein Berliner Büro förmlich überschüttet mit hunderten von Musterschreiben von Kunden der Internetapotheke DocMorris aus meinem Wahlkreis.

Haben wir die ersten gut 400 Schreiben noch persönlich postalisch beantwortet, reicht die Arbeitszeit meiner Mitarbeiter für die weiteren knapp 600 Briefe nicht mehr aus.

In den vom Unternehmen komplett vorformulierten Schreiben wird eine angeblich verbraucherfeindliche Haltung des CDU-geführten Bundesgesundheitsministeriums angeprangert, die „Wahlfreiheit“ verhindern würde. Damit das Ganze noch dramati-

scher klingt, werden Tatsachen verdreht dargestellt: Denn nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) gibt es keinen freien und fairen Wettbewerb mehr zwischen unseren ortsansässigen Apotheken und Versandapotheken im europäischen Ausland. Das Urteil verschafft Versandapotheken einen klaren Wettbewerbsvorteil, da sie ihren Kunden -anders als inländische Apotheken- Preisnachlässe bei verschreibungspflichtigen Medikamenten gewähren können. Ich finde es ziemlich perfide, wie DocMorris seinen Kunden suggeriert, es ginge bei diesem Vorgang um ihre Verbraucherrechte oder gar um die Wahlfreiheit, bei einer Versandapotheke bestellen zu dürfen. DocMorris geht es mit dieser Aktion um die Sicherung von Marktanteilen und Gewinne.

Was mir persönlich wichtig ist: Die flächendeckende lokale Apothekenversorgung, insbesondere bei uns im ländlichen Raum, darf auf keinen Fall gefährdet werden. Schließlich sind es die Apotheken vor Ort, die mit ihrer persönlichen Beratung und ihrem Notfalldienst rund um die Uhr unsere Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten gewährleisten. Die Entscheidung, ob es in Deutschland -wie in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten im Übrigen auch- ein Versandhandelsverbot für rezeptpflichtige Arzneimittel geben wird, wird nach Abwägung aller Aspekte in einem demokratischen Verfahren vom Deutschen Bundestag getroffen. DocMorris sollte sich lieber in die Gespräche zum Gesetzesvorhaben einbringen, wo alle betroffenen Seiten angehört werden.

Engagement wird im Kreis weiterhin groß geschrieben

In den vergangenen Wochen war ich wieder viel im Wahlkreis unterwegs, habe verschiedene Ge-

spräche geführt und Einrichtungen und Projekte besucht. So war ich Anfang März beim Mehrfunk-



tionshaus in Bocholt-Spork. Hier bauen die Stadt Bocholt und Investor Rudolf Ostermann mit Unterstützung des BMEL eine alte Grundschule zu einem Funktionshaus um. In diesem finden unter anderem fünf Mehrfunktionsräume, vier Gästeappartements und eine große Dachgeschosswohnung Platz. Genutzt werden die Mehrfunktionsräume vor allem von den Vereinen „Spork Aktiv“ und „Leben im Alter“, die neben der Beratung von älteren Menschen auch ein abwechslungsreiches Programm von Fortbildungen

über Reha-Sport bis hin zu Yoga anbieten. Ergänzt wird das alte Schulgebäude durch ein weiteres neu errichtetes Gebäude, in dem insgesamt zwölf barrierefreie Wohnungen eingerichtet werden. Darüber hinaus war ich vor zwei Wochen beim Technischen Hilfswerk in Bocholt. Hier habe ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Hendrik Wüst und der Jugendgruppe des THWs geübt, wie unterschiedliche Knoten gebunden werden. Uns wurden die verschiedenen Fach- und Bergungsgruppen vorgestellt, die unter anderem im vergangenen Jahr beim Hochwasser einen tollen Job

gemacht haben. In der anschließenden Diskussion wollten wir erfahren, wo den Ehrenamtlern derzeit „der Schuh drückt“. Wir können uns glücklich schätzen, dass es weiterhin so viele ehrenamtliche Helfer gibt, die bei sozialen Projekten mit anpacken. Die Besuche beim Mehrfunktionshaus und beim THW haben mir dies verdeutlicht. Es ist keine Selbstverständlichkeit, anderen Menschen zu helfen beziehungsweise dafür zu sorgen, dass andere Menschen von der eigenen Arbeit profitieren. Diese Arbeit gilt es wertzuschätzen und zu fördern. Daher werde ich auch in

Zukunft solche tollen Projekte besuchen und den Helferinnen und Helfern meinen Dank aussprechen.



Überschüsse sinnvoll investieren

Die CDU steht für solide Finanzen. Wir wollen auch künftig keine neuen Schulden machen. Wir schließen Steuererhöhungen grundsätzlich aus, insbesondere auch eine Verschärfung der Erbschaftssteuer und eine Einführung der Vermögenssteuer, wie viele Linke das wollen.

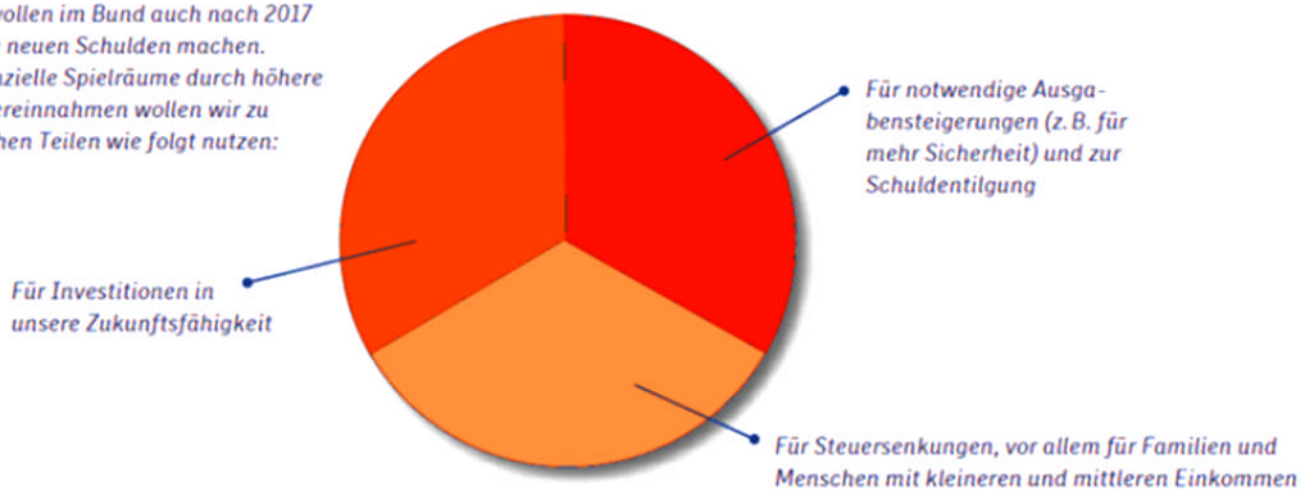
Finanzielle Spielräume, die wir unter anderem durch Steuermehreinnahmen aufgrund guter Wirtschaftsentwicklung erhalten, werden wir zu je einem Drittel in folgende Bereiche investieren:

- für Investitionen in Infrastruktur und zur Förderung von Zukunftsfähigkeit in allen Bereichen

- zur Steuerentlastung vor allem von Familien und Beziehern kleinerer und mittlerer Einkommen
- zur Finanzierung von notwendigen Ausgabensteigerungen, zum Beispiel zur Erfüllung unserer außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben, und zur Schuldentilgung.

Politik für solide Finanzen

Wir wollen im Bund auch nach 2017 keine neuen Schulden machen. Finanzielle Spielräume durch höhere Steuereinnahmen wollen wir zu gleichen Teilen wie folgt nutzen:



Quelle: CDU



Flüchtlingshelfer aus Borken, Heiden, Raesfeld und Stadtlohn zu Besuch in Berlin

Entgegennahme von „roten Händen“ im Gymnasium Remigianum in Borken



Parlamentsdeutsch: Alterspräsident und Ältestenrat

Alterspräsident wird das älteste Mitglied des Bundestages genannt, dem -mit seiner Zustimmung- die Aufgabe zukommt, die konstituierende Sitzung nach einer Bundestagswahl zu eröffnen und zu leiten, bis die Wahl des neuen Bundestagspräsidenten vollzogen ist und dieser sein Amt antreten kann. Dies ist in der Geschäftsordnung des Bundestages geregelt. Der Alterspräsident bereitet die Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner Stellvertreter vor und führt sie durch. Da-

für darf er auch vorläufige Schriftführer ernennen. Die bisherigen Alterspräsidenten haben ihr Amt auch genutzt, um vor dem Plenum eine Eröffnungsrede zu halten.

Im Gegensatz dazu besteht der Ältestenrat des Deutschen Bundestags nicht automatisch aus den ältesten Mitgliedern des Hauses. Vielmehr kommt der Name des Gremiums daher, dass die Aufgaben des Ältestenrates viel parlamentarische Erfahrung erfordern.

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestags besteht aus dem Bundestagspräsidenten, seinen Stellvertretern und Stellvertreterinnen

sowie 23 weiteren Abgeordneten aller Fraktionen. Der Ältestenrat unterstützt den Bundestagspräsidenten bei seiner Arbeit und sorgt für einen koordinierten und möglichst reibungslosen Arbeitsablauf im Bundestag. Er legt beispielsweise auf längere Sicht die Termine für die Sitzungswochen fest und einigt sich dann fortlaufend über die Tagesordnung. Außerdem ist der Ältestenrat der Ort, an dem aufgetretene Streitigkeiten besprochen und geschlichtet werden. Wegen der Aufgabenfülle setzt der Ältestenrat Kommissionen ein, die ihn fachlich unterstützen.

(Quelle: Deutscher Bundestag)

Impressum

Johannes Röring MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-75174
Telefax: 030/227-76465

E-Mail:
johannes.roering@bundestag.de

Redaktion: Christoph Metzner